

**Was ist Rechtens,
wenn
die oberste Staatsgewalt
dem
Zwecke des Staatsverbandes
entgegenhandelt?**

Erörtert und beantwortet

von

Friedrich Karl von Strombeck,
Fürstlich Lippischem Geheimen Rathe, Oberappellations-
Rathe, Mitgliede des engern Ausschusses der Braun-
schweigischen Landschaft.

*Accendebat dedignant et ipse diversus a majorum
institutiis.*

TACITUS.

Braunschweig,
Verlag von Friedrich Vieweg

1830

2301 088

UB Braunschweig

84



2301-088-6

11 5

Was ist Rechtens,
wenn
die oberste Staatsgewalt
dem
Zwecke des Staatsverbandes
entgegenhandelt?

Erörtert und beantwortet

von

Friedrich Karl von Strombeck,
Fürstlich Lippischem Geheimen Rathe, Oberappellations-Rathe,
Mitgliede des engern Ausschusses der Braunschweigischen
Landschaft,

Accendebat dignantes et ipse diversus a majorum
institutis. **TACITUS.**

Braunschweig,
Verlag von **Friedrich Vieweg.**
1830.



FRIEDR. VIEWEG & SOHN
BRAUNSCHWEIG

V o r r e d e .

Die Blätter, aus welchen der nachfolgende Aufsatz besteht, hingeschrieben in wenigen Stunden, enthalten nichts Neues. Sie stellen staatsrechtlich dasjenige dar, welches zu allen Zeiten von Weisen und von Königen, die Weise waren, für Recht anerkannt worden. Die Anmerkungen, welche hin und wieder den Text fast erdrücken, sollten eben dardun, daß der Verfasser nichts Neues sagte; einigemahl legen sie auch abweichende Meinungen dar, die vielleicht Manchem mehr gefallen, als die des Verfassers. Er wollte so dardun, daß er nur die Erörterung wichtiger Fragen und die Ausmittlung

der Wahrheit bezwecke. Der staatsrechtlichen Ausführung sind einige Winke, hergenommen von dem, was die Staatsklugheit gebietet, hinzugefügt.

Der Verfasser hatte lediglich, bei der Ausarbeitung dieser Abhandlung, die Absicht, in wenigen, aber klaren Worten zu entwickeln, was so vielfältig verkannt wird. Er hat sich bemühet, auf das Einfachste das Wesen der obersten Staatsgewalt darzustellen, ihre Heiligkeit zu zeigen, um darzulegen, unter welchen äußersten Umständen es allein dem Volke erlaubt seyn könne, zu dem gefährlichen Mittel zu schreiten, ihr den Gehorsam aufzukündigen. — Ein Extrem, welches so gräßlich ist, daß der Kluge davor schaudert, und es Füllen vorbehält, die (Dank der Vorsehung!) sich kaum nach Jahrhunderten wiederholen.

Unendlich glücklich würde sich der Verfasser achten, könnte er glauben,

daß seine Worte dazu beitragen würden, die Fürsten Deutschlands zu überzeugen: Nichts sey nothwendiger, als ein Bundesgericht. Wäre ein solches vorhanden, könnte auch ein von dem Fürsten unterdrücktes Volk, durch seine Repräsentanten, ja selbst ein gemißhandelter Einzelner, Recht und Gerechtigkeit bei einem obersten Gerichte finden: dann könnte eine Nothwehr (in dem Sinne, wie sie hier genommen wird) nie rechtlich begründet erscheinen, und jeder Aufstand gegen die höchste Gewalt wäre Hochverrath. So lange aber den Völkern Deutschlands diese Garantie ihrer Sicherheit nicht geworden, so lange sie nicht ein Gericht anrufen können, wenn ihnen das Edelste von der Staatsgewalt genommen werden soll, läßt sich nicht leugnen (so ungern der Staatsrechtsgelehrte das schaudererregende Wort aussprechen wird), daß Fälle leider eintreten können, wo Nothwehr staats-

rechtlich begründet ist. Dieß ist keine neue Lehre, wie nachfolgende Blätter zeigen, sondern eine sehr alte. Es thut Noth, sie frei auszusprechen, um möglicher Weise gegen den Egoismus — und doch selbst zu dem Besten dieses — das Gute herbeizuführen.

Wolfenbüttel, im October 1830.

F. K. von Strombeck.

§. 1.

Unter allen Fragen, welche den Staatsrechtsgelehrten beschäftigen können, möchte es wohl keine geben, die zu erörtern und zu beantworten bedenklicher wäre, als die:

Was ist Rechtens, wenn der rechtmäßige Regent (das Staatsoberhaupt) dem Zwecke des Staats (Herrschaft des Rechts) ¹⁾ entgegenhandelt? — Wenn er namentlich sich anschicket, die Verfassung des Staates umzustürzen? — Wenn er aus einem Monarchen sich zu einem Despoten machen will? — Wenn er sich also als einen Feind des Menschenvereines darstellt, dessen Beschützer er seyn sollte? — Man mag hier hinblicken, wo man will, so schaut man Felsen, die zu übersteigen unendlich schwierig und gefährlich ist. — Nicht, daß die Frage an sich schwer zu beantworten wäre: die Theorie ist vielmehr leicht; schwierig, ja gefährlich, nur ihre Anwendung.

1) *Lex vera atque princeps, apta ad iubendum et ad vetandum, ratio est recta summi Jovis.* (Cicero de leg. II. 5.) Diese *ratio summi Jovis* soll herrschen: dieß der Zweck des Staats.

Gegen das Wesen des Staates würde es seyn, einen leidenden Gehorsam zu predigen; zu behaupten, das Volk habe nur zu dulden, und vom Schicksal bessere Zeiten zu erwarten. Wer dieses behauptete (leider ist dieses geschehn), der würde zugleich aussprechen: nur der Monarch habe Rechte, und das Volk habe nur Pflichten²⁾; oder mit andern Worten: das Volk sey des Fürsten Eigenthum. Diese Lehre würde zwar den Despoten und ihren Ministern sehr gefallen; sie handeln darnach und haben zu allen Zeiten darnach gehandelt: aber unmöglich kann sie dem

2) Diesen auffallenden Satz hat der große Denker Kant behauptet: »Der Herrscher im Staat hat gegen den Unterthan lauter Rechte und keine (Zwangs-)Pflichten. — Ferner, wenn das Organ des Herrschers, der Regent, auch den Gesetzen zuwider verführe, z. B. mit Auflagen, Recrutirungen u. dergl., wider das Gesetz der Gleichheit in Vertheilung der Staatslasten, so darf der Unterthan dieser Ungerechtigkeit zwar Beschwerden (*gravamina*), aber keinen Widerstand entgegensetzen.« Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, S. 174.

Zu solchen Inconsequenzen kann selbst ein großer Denker gelangen, indem er sich bestrebt, auf das Aeußerste consequent zu seyn. — Dagegen verpflichtet aber auch Kant die Staatsbürger, nach einer gelungenen Revolution, dem Ergebnisse derselben zu gehorchen. a. a. O. S. 181. Vergl. Bergk's Briefe über Imman. Kant's metaphys. Anfangsgr. der Rechtslehre. (Gera, 1797), S. 208, woselbst die dunkel ausgedruckte eigentliche Meinung Kant's beleuchtet ist.

Menschenfreunde und Weisen zusagen. Läßt sich gleich nicht leugnen, daß auch der Sieg Staaten zu erschaffen und zu vergrößern vermöge; wenn nämlich Volk gegen Volk im Kriege stand; daß es auch stillschweigende Unterwerfungen gebe, und daß also der Staatsverband auch ohne ausdrücklichen Vertrag geknüpft werden könne³⁾: so ist es doch eben so gewiß, daß der einmahl bestehende Staat so betrachtet werden müsse, als sey er durch Vertrag entstanden. Nur auf diese Weise kann das Institut, welches man Staat nennet⁴⁾, als ein rechtlich begründetes Institut erscheinen. Wollte man das Gegentheil annehmen, so müßte es auch auf der einen Seite der Staatsgewalt, auf der andern den Unterthanen stets erlaubt seyn, die sie trennenden Grenzen zu überschreiten; die Gewalt, auf der einen Seite, bis ins Unendliche auszudehnen, oder, auf der andern, sich zu jeder Zeit dem Gehorsam zu entziehen.

3) Kant's Rechtslehre, S. 173.

4) *Est res publica res populi: populus autem non omnis hominum coetus, quoquo modo congregatus, sed coetus multitudinis, juris consensu et utilitatis communione sociatus. Cicero de republ. L. I. cap. 25.* — Man vergleiche hiermit *Augustini epist. CXXXVIII.* 10.

Herrscher und Beherrschte wären im steten Kriege begriffen, ein Waffenstillstand könnte höchstens vorhanden seyn, und so wie sich eine Gelegenheit darböte, schritte der Eine, ohne ein Recht zu verletzen, in das Gebiet des Andern. — Also, zum eigenen Bestehen der Regenten muß man annehmen, es sey ein Staatsvertrag (wenn auch stillschweigend geschlossen), vorhanden, und der Gehorsam der Unterthanen sey an Bedingungen gebunden. Die Sache aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, bekommen sowohl der Fürst ⁵⁾ als die Unterthanen einen angemessenen Standpunkt. Der Erste erscheint als der erste Staatsbeamte, bekleidet mit außerordentlichen (in der erblichen Monarchie) erblichen Rechten; die Andern aber als denkende Wesen, die sich zu ihrem eigenen Besten der obersten Leitung eines Einzigen unterwarfen. So haben stets die edelsten Fürsten, unter welchen Friedrich der Große und Joseph der Zweite billig oben anstehen, und die größten Staatsrechtsgelehrten die Sache

5) Fürst, Souverain, Staatsoberhaupt, Regent sind in dieser Abhandlung als gleichgeltende Worte gebraucht. Sie konnten es hier, obwohl in mancher Hinsicht zwischen diesen Begriffen Unterschiede Statt finden. S. Kant a. a. O. S. 170.

angesehen. Auch Catharina der Zweiten war diese Ansicht nicht fremd. Nur Friedrich der GroÙe (ein König kann hier nicht verdächtig scheinen) möge, statt aller anderen Autoritäten, hier mit seinen eignen Worten angeführt werden.

»*Qu'on s'imprime bien,*«⁶⁾ sagt dieser königliche Weise, »*que la conservation des lois fut l'unique raison qui engageât les hommes à se donner des supérieurs, puisque c'est la vraie origine de la souveraineté. Ce magistrat étoit le premier serviteur de l'état. — Il (le souverain)⁷⁾ doit se rappeler souvent qu'il est homme ainsi que le moindre de ses sujets: s'il est le premier juge, le premier général, le premier financier, le premier ministre de la société, ce n'est pas qu'il représente, mais afin qu'il remplisse les devoirs que ces noms lui imposent. Il n'est que le premier serviteur de l'état, obligé d'agir avec probité, avec sagesse et avec un entier désintéressement, comme si à chaque moment*

6) *Oeuvres posthumes, T. VI. p. 60. — Essai sur les formes du gouvernement.*

7) a. a. O. S. 83.

il devoit rendre compte de son administration à ses concitoyens.«

Also schrieb der große Friedrich in seinen reiferen Jahren; aber schon seine Jugend war diesen Grundsätzen nicht fremd. »*C'est la justice,*« sagt er in dem Anti-Macchiavel⁸⁾, »*qui doit faire le principal objet d'un Souverain; c'est donc le bien des peuples qu'il gouverne, qu'il doit préférer à tout autre intérêt. Que deviennent alors ces idées d'intérêt, de grandeur, d'ambition et de despotisme? Il se trouve que le Souverain, bien loin d'être le maître absolu des peuples qui sont sous sa domination, n'en est lui-même que le premier ministre.*«⁹⁾

8) Zum 1. Cap. des *Principe. Oeuvres de Frédéric II. publiées du vivant de l'auteur. Tom. II. p. 2.*

9) Unbedenklich durfte dieses zu unsern Zeiten, und zwar im Königreiche Sachsen, einer unserer ersten practischen Philosophen sagen. »So hoch aber auch ein Mensch durch jene Macht und Würde in der bürgerlichen Gesellschaft gestellt ist, so darf er doch nicht mit Ludwig XIV. sagen: *L'état c'est moi.* Er repräsentirt nur den Staat, und kann daher auch unbedenklich der oberste Staatsdiener heißen.« Krug's Handwörterbuch der philosophischen Wissenschaften, Art. Staatsoberrhaupt. — Selbst Napoleon hat vielfach gesagt, daß er der erste Repräsentant des Staates sey, namentlich gegen die gewählte Kammer, als diese angeblich von der Kaiserinn Josephine »die Repräsentanten des Volks« genannt worden.

Deutlicher läßt sich der aufgestellte Satz nicht aussprechen, und in der That kann man auch in der Behauptung des Gegentheiles nur Irrthum erkennen ¹⁰⁾. Im Anfange der Bildung der größern Vereine der Menschen gab es keine Oberherren. Diese können nur entstanden seyn durch Gewalt oder durch Vertrag. Im ersten Falle dauert die Gewalt noch fort, oder die Ueberwältigten haben eingewilligt, und ausdrücklich oder stillschweigend ist aus dem, was Gewalt begründete, ein Vertrag geworden. Dauert die Gewalt noch fort, hat der Unterjochte nie eingewilligt (wie dieses z. B. hinsichtlich Griechenlands gegen die Türkische Herrschaft der Fall war): dann leidet es keinen Zweifel, daß der dauernde Zwang auch durch Gewalt jederzeit wieder aufgehoben werden dürfe. Sind aber aus der Gewalt Vertragsverhältnisse stillschweigend oder durch bestimmte Einwilligung hervorgegangen, dann muß die Oberherrschaft auch nach den Regeln des Vertrages beurtheilt werden.

So scheint es mir denn unzweifelhaft zu

10) Selbst Kant nennt den Regenten den Agenten des Staats.

sey, daß der Souverain, mit Friedrich dem Großen zu reden, als der oberste Diener des Staats angesehen und beurtheilt werden müsse.

Da der Souverain des Volkes Unabhängigkeit und Selbstständigkeit repräsentirt, und da er diese Rechte im eigenen Namen (nach Maafs-gabe des stillschweigenden oder ausdrücklichen Unterwerfungs-Vertrages) im In- und Auslande ausübt, so steht ihm die Majestät zu; dieses heisst, die höchste persönliche Würde im Staate. Stets aber ist diese Würde im Staate, nicht ausserhalb des Staates oder über demselben erhalten. Richtig ist es, der Wille des Souverains ist keinem andern Willen unterworfen, woraus folgt, daß er unverantwortlich und unverletzlich sey. Aber eben diese höchste Stellung eines Menschen auf der Erde ist das Ergebniss der ihm vom Volke stillschweigend oder ausdrücklich übertragenen Gewalt. Mit heiligen Pflichten ist er dem Ganzen verbunden. Stündlich möge er bedenken: er herrsche über Menschen, er herrsche nach den Gesetzen, er herrsche nicht immer; ¹¹⁾ vorzüglich aber,

11) Πρωτον μὲν, ὅτι ἀνθρώπων ἀρχεῖ,

seine Macht sey ein Ausfluß des ihm anvertrauten höchsten Amtes. So redeten die Römischen Kaiser deutscher Nation völlig sachgemäß, wenn sie sich der Worte »von kaiserlichen Amts wegen« bedienten ¹²⁾. Aus jenem Verhältniß aber folgern zu wollen, der Souverain sey als solcher kein Staatsbeamter, muß offenbar als irrig betrachtet werden: denn es würde eine solche Folgerung einen Widerspruch darstellen. Der Souverain bekam seine Rechte vom Volke, um sie für das Volk, d. i. zu dessen Besten, auszuüben. Was ist er denn, wenn er, nach diesem Verhältniß, kein Beamter des Volkes ist? — Auch glaube man nicht, daß diejenigen, welche das Gegentheil behaupten, von diesem überzeugt sind. Sie suchen sich selbst zu täuschen, weil sie entweder zu furchtsam sind, die Wahrheit auszusprechen, oder weil sie nachtheilige Folgen von einem Ausspruche befürchten, der, die Sache fest angeschaut, eben

Δευτερον, ότι κατὰ νόμους αρχεί,

Τριτον ότι ουκ αεί αρχεί.

Wie scheußlich aber ist es, wenn die höchste Gewalt dazu gemißbraucht wird, in Sicherheit ein lasterhaftes Leben führen zu können.

12) Wahlcapitulation Kaisers Franz II., Art. 1. §. 1.

der Souveraine Hoheit und Sicherheit begründet ¹³⁾).

13) Am deutlichsten wird dieses, wenn man in Betrachtung zieht, daß es keineswegs erforderlich war, die oberste Staatsgewalt Einem, und diesem für beständig oder gar erblich, zu übertragen. Stünde ein erblicher Fürst über dem Staate, so müßte dieses auch ein gewählter Fürst, ein Präsident, der auf gewisse Jahre nur gewählt worden, desgleichen eine regierende aristokratische oder demokratische Versammlung. — Alle diese haben, sobald sie mit der Ausübung der Souverainetät beauftragt sind, denselben Zweck. »*Omnis res publica, quae populi res est, consilio quodam regenda est, ut diuturna sit. Id autem consilium primum semper ad eam causam referendum est, quae causa genuit civitatem. Deinde aut uni tribuendum est, aut delectis quibusdam, aut suscipiendum est multitudini atque omnibus. Quare cum penes uni est omnium summa rerum, Regem illum unum vocamus, et Regnum illum reipublicae statum. Cum autem est penes delectos, tum illa civitas Optimatum arbitrio regi dicitur. Illa autem est civitatis popularis (sic enim appellant), in qua in populo sunt omnia.*« Cicero de republica, Lib. I. cap. XXVI.

Die oberste Staatsgewalt hat unter allen diesen Formen stets nicht nur denselben Ursprung, sondern auch denselben Zweck: das Wohl des Ganzen. Wie liefse es sich aber denken, daß das Ganze, ausdrücklich oder stillschweigend, je darein gewilligt habe, einen Einzelnen (gleichsam wie die Gottheit über der Welt steht) über das Ganze hinaus zu stellen? — Nein, der Monarch ist für, d. i. zum Besten des Ganzen, vorhanden. Dieses unterwarf sich seiner obersten Lenkung, also einem obersten Verwalter (»*populus Romanus deligit magistratus quasi rei publicae villicos*« Cicero orat. pro Plancio, 25. 62.), und es ist ihm so lange Gehorsam schuldig, als er seine Pflichten erfüllt.

Pölitz äußert sich zwar dahin: »Obgleich diese Ansicht (Friedrichs II.) nicht die richtige zu seyn scheint« (keinesweges behauptet also dieser berühmte Schriftsteller bestimmt das Gegenteil), »weil sie die Regentenwürde allen übrigen Staats-

§. 2.

Wenn nun aber das Oberhaupt des Staates seine Pflichten nicht erfüllt, wenn es, statt den Staatszweck zu befördern, diesem grade entgegenhandelt, wenn es, statt Gerechtigkeit zu verwalten, Ungerechtigkeiten ausübt, wenn es die Bösen beschützt und zu seinen Zwecken gebraucht, die Guten verfolgt, wenn es die Güter des Staates sich zueignet, wenn es lasterhaft lebt und dem Laster die Herrschaft verschafft, wenn es die Verfassungs-Gesetze umstößt, wenn die höchste Gewalt sogar zu dem (Gott sey Dank seltenen) Aeufsersten gelangt, dafs von ihr der gröfste Staatsmann und Redner des Römischen Alterthums sagen konnte: »*quae sanguine alitur, quae in omni crudelitate sic exultat, ut vix hominum acerbis funeribus satietur?*« — Was ist alsdann zu thun?

ämtern gleichstellt« (nach vorliegender Ausführung ist dieses nicht geschehen), »deren Ernennung, Wirkungskreis und äufserer Macht doch einzig von dem Regenten ausgeht und abhängt« (doch nur vermöge Auftrags des Volkes), »so kann doch nicht geleugnet werden, dafs sie auf einer sittlichen Unterlage beruhet, und in den Schriften eines europäischen Souverains des achtzehnten Jahrhunderts nicht ohne Wirkung bleiben konnte.« Die Staatswissenschaften, im Lichte unserer Zeit, dargestellt von K. H. L. Pöhlitz, 2te Aufl. 1. Theil, S. 226.

— Hier fast unübersteigliche Klippen in der Ausführung, so leicht auch die Beantwortung nach der Theorie erscheinen mag. Bricht der Monarch die Treue, die er seinem Volke schuldig ist, so ist auch dieses (da kein Gericht vorhanden, bei welchem es auf Erfüllung des Vertrages klagen könne), von der beschworenen Treue entbunden. Dieses ist völlig klar, und es würde unvernünftig seyn, es zu leugnen; auch stimmen in dieser Beziehung die bewährtesten Staatsrechtslehrer, und selbst die, welche leugnen, daß der Souverain ein Beamter des Staates sey, mit einander überein ¹⁴⁾. Wenn Trajan, unter den Imperatoren Roms der edelste ¹⁵⁾, als er dem Saburanus, als Prätorischen Präfecten, das Amtsschwert überreichte, die Worte sagte ¹⁶⁾: »Dieses Schwert gebe ich dir, damit du es zu meiner Vertheidigung führest, wenn ich gut regiere, aber gegen mich, wenn ich übel regiere,« so wollte er nur diesen Grundsatz ausdrücken. Er

14) Kant's Theorie ist schon früher angeführt.

15) »*Per orbem terrarum Deo proximus, nihil non venerationis meruit et cibus et mortuus.*« Eutopius, Lib. VIII. cap. 4.

16) Dio Cassius, Lib. LXVIII.

ist in den früheren wie in den neuesten Zeiten unzählige Male ausgesprochen. Nur der berühmte Pölitz möge hier statt Aller reden; ich führe ihn ausführlich in der Anmerkung ¹⁷⁾ an,

17) »Die Staatswissenschaften im Lichte unserer Zeit«, 2te Aufl. 1. Th. S. 228 ff. »So gewiß also auch die Staatsbürger, als Unterthanen, zum unbedingten Gehorsam verpflichtet sind; so wenig sind sie es, nach der Rechts- und Pflichtenlehre und nach den Grundsätzen der Religion, zum leidenden Gehorsam. Zu dem letztern würden sie aber nur auf zweifache Weise genöthigt werden können: 1) entweder nach der Eroberung des Staates durch einen Fremden, welcher, ohne einen rechtlichen Unterwerfungsvertrag mit den Besiegten, und ohne einen rechtlichen Abtretungsvertrag mit dem bisherigen Oberhaupte derselben abzuschließen, die Besiegten dem bloßen Zwange der Willkühr unterwerfen wollte; (2) oder wenn der vertragsmäßig an der Spitze stehende Regent geradehin und eigenmächtig die Verfassung des Staates, deren Aufrechterhaltung er beschworen hat, selbst umstürzen, und durch Gesetze und Befehle, welche den Grundbestimmungen der Verfassung völlig zuwider wären (z. B. durch das willkührliche Ausschreiben unerschwinglicher Abgaben; oder durch den Befehl an protestantische Christen, Katholiken zu werden u. a.), die Würde sittlicher Wesen in seinen Unterthanen zerstören, und ihnen den Genuß aller Rechte und aller Bedingungen irdischer Wohlfahrt entziehen wollte.

In dem ersten Falle, wo ein fremder Eroberer, ohne durch einen Abtretungs- und Unterwerfungsvertrag zum Regieren berechtigt zu seyn, bloß das Joch des Treibers und den Zwang der Willkühr gegen das besiegte Volk anwendete, würde dasselbe zum Zwange gegen den Eroberer, so lange dieser Zustand dauerte, berechtigt bleiben, d. h. es würde das Recht haben, in jedem günstigen Augenblicke das Joch der Willkühr abzuwerfen, und wieder in die ehemaligen rechtlichen Verhältnisse, wie vor der Eroberung, zurückkehren (wie z. B. die Rus-

da es jetzt fast gefährlich ist, manche Wahrheit, so sehr sie in die Augen springen mag,

sen 1477, nach Abschüttelung des mongolischen Joches, und die Schweden im J. 1523, als sie sich unter Gustav Wasa von Dänemark trennten); oder wenn dieses nicht möglich wäre (wie z. B. bei den aus dem Exil zurückkehrenden Juden), eine neue rechtliche Verfassung und Gestaltung verfassungsmäßig sich zu geben.

In dem zweiten Falle aber, wenn der rechtmäßige Regent selbst die Verfassung des Staates eigenmächtig und völlig (??) umstürzen wollte, kann nicht der Gesamtheit des Volkes, sondern nur dessen rechtmäßigen Stellvertretern, wegen ihrer gleichmäßigen Theilnahme an der gesetzgebenden Gewalt, das Recht zustehen, den Regenten an die thatsächliche (nicht etwa blofs befürchtete) Verletzung der Verfassung und an die Folgen derselben zu erinnern, so wie im äußersten Falle, — dafern, aller Vorstellungen und Beschwerden ungeachtet, die Verletzung der Verfassung fort dauerte, und wenn die Verfassung auf keine andere rechtliche Weise gerettet werden könnte, — demselben den Gehorsam aufzukündigen, und den zwischen dem Regenten und dem Volke bestehenden Vertrag als aufgelöst zu betrachten. Dieses Aeufserste könnte aber nur dann unternommen werden, wenn theils die Würde der sittlichen Natur in den Regierten, so wie ihr Recht auf Wohlfahrt und Glückseligkeit, theils die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Staates im innern und äußern Staatsleben nicht anders gerettet werden könnte. Doch folgt selbst aus dieser Aufkündigung des Gehorsams nichts weiter, als dafs der bisherige Regent aufhörte, Regent zu seyn, und, nach der Auflösung des Vertrages, ins Privatleben eintrete, in keinem Falle aber das Recht, den Regenten wegen seiner Regentenhandlungen zur Verantwortung zu ziehen oder gar zu bestrafen, weil er während der Zeit seiner Regierung persönlich unverletzlich und heilig, und für alle seine Regentenhandlungen unverantwortlich ist.

So selten auch, namentlich unter christlichen Völkern, die geschichtliche Erscheinung gewesen ist, dafs Regenten entsetzt, oder gar, wie in England Karl I., und in Frankreich Lud-

ohne eine Autorität aufzustellen. Nicht möchte ich für einen Revolutionär gehalten werden.

wig XVI., hingerichtet worden sind, so darf doch im philosophischen Staatsrechte die Prüfung dieses Gegenstandes nicht übergangen werden. Denn aus dem Obengesagten erhellet an sich die Unrechtlichkeit und Schändlichkeit des Betragens gegen den unglücklichen Karl I. und Ludwig XVI., ein Betragen, vor welchem nicht bloß gewarnt, sondern das auch durch Vernunftgründe nach seiner Abscheulichkeit entwickelt werden muß, weil einmal Thatsachen dieser Art nicht aus der Geschichte vertilgt werden können. — In Hinsicht der Entsetzung eines Regenten ist, in der neuesten Geschichte christlicher Völker, die Thronentsetzung Gustavs IV. von Schweden, im Jahre 1809, das wichtigste Beispiel, indem dieser Schritt, durch die Anerkennung seines Nachfolgers von allen europäischen Mächten, selbst von diesen gut geheissen ward; denn die Entsetzungen Selim's III. und Mustapha's IV. sind außerchristliche Ereignisse. — In der Theorie des Staatsrechts war das sogenannte *jus resistendiae* von jeher einer der schwierigsten Punkte, besonders weil die Geschichte alter, mittlerer und neuester Zeit diese Aufgabe oft sehr gewaltsam gelöst hat. Man denke an die Geschichte der israelitischen Könige, der persischen Kaiser, der Imperatoren in Rom und Byzanz, an die Thronentsetzung des letzten Merowingers im J. 752, an die Thronentsetzung des letzten Karolingers im J. 987, Christians II. von Dänemark u. s. f. — Es ist wahr, Hobbes, Graswinkel, und mehrere, namentlich Fr. Gentz (in der Berl. Monatsschrift, 1793. Dec. S. 542 ff.), selbst Kant in gewisser Hinsicht (metaph. Anfangsgr. der Rechtslehre, S. 174), lehren nicht bloß den unbedingten, sondern selbst den leidenden Gehorsam; allein von der andern Seite müssen auch Männer, wie Friedrich II. in der angezogenen Stelle (Note zu §. 32.), v. Feuerbach (Anti-Hobbes, S. 92 ff.), von Jacobi (in dem Anti-Macchiavel), von Schlözer (im allgemeinen Staatsrechte *), Hagemeister (in s. Zusätzen zur

*) Schlözer sagt daselbst: »Es giebt kein *crimen laesae majestatis* in der Bedeutung der Nerone. Es giebt keine *obedientia*

Das Königreich Sachsen ist einer übermäfsigen Pressfreiheit wegen nicht bekannt: so möge denn der Ausspruch eines von seinem Könige vielfach geehrten Staatsrechtslehrer der Universität Leipzig der beschützende Schild für eine Meinung

Uebersetzung von Schnaubert: Auch der Regent u. s. w.), Heydenreich (in s. Staatsrechte *), Theil 2, S. 20.), Rüdiger (in s. Lehrbegriffe des Vernunftrechts und der Gesetzgebung, S. 252 ff.), Vofs (Handbuch der allgemeinen Staatswissenschaft, Th. I, S. 513 ff.), v. Eggers (Versuch eines systemat. Lehrbuchs, des nat. Staatsrechts, S. 219 ff. **), Krug (Rechtslehre, oder Syst. der pract. Phil., Th. I. 361—365, und dessen Handb. der Phil. N. A. Theil II. S. 201 f.) ***), und viele Andere über diesen Gegenstand verglichen werden. (J. Benj. Erhard, über das Recht eines Volkes zu einer Revolution. Jena, 1795. 8.)

passiva im Stuartschen Verstande. Diese Lehre hat die Stuarte einen der schönsten Throne der Welt gekostet. Dem zufolge giebt es ein *jus resistantiae* gegen Usurpatoren und Tyrannen, wiewohl nur im Falle hoher Evidenz.«

*) Heydenreich a. a. O. »Wenn der Oberherr sich durch den Bruch des Vertrages, durch Angriffe auf die Gesellschaft und ihre Verfassung, als Feind zeigt, so hat die Gesellschaft gegen ihn das Recht des Beleidigten in seiner Unendlichkeit.«

**) Eggers sagt S. 221: »Das äusserste Mittel, welches die Unterthanen wider den Regenten haben, ist die Absetzung desselben. Denn, wenn gleich der Regent die Majestät eigenthümlich besitzt, so sind die Bürger dennoch befugt, ihm diese, sobald es zuverlässig ist, dafs er seine Pflichten nicht erfüllt, zu nehmen, wenn kein anderes Mittel zur Erhaltung des Staates vorhanden ist.«

***) Krug a. a. O. »Der Widerstand kann zuerst negativ seyn, und besteht dann blofs in der Verweigerung des Gehorsams. Er kann aber auch positiv, oder ein wirklicher Aufstand werden. Wie weit jedesmahl ein solcher Widerstand gehen dürfe, läfst sich im Allgemeinen nicht bestimmen, sondern kommt auf die Dringlichkeit der Umstände an, und mufs dem Gewissen überlassen werden.«

seyen, die manchem Minister höchst gefährlich erscheinen könnte. Durfte doch Heinrich von Cocceji, in seinem Commentare über Hugo Grotius Werk »*de jure belli et pacis*,« schon im Wesentlichen dasselbe sagen ¹⁸⁾. — In der That,

18) »*Videndum quibus excessibus summum imperium commissum, magistratusque amissus jure naturali intelligatur? Et dubitari plane nequit, si summus magistratus tendat ad evertendum rempublicam ejusque statum; aut grassetur in pernitiem populi, idque manifestum sit, quin ipse hostem induat, eoque desinat ipso jure esse magistratus. Haec enim per naturam simul stare non possunt, esse summum magistratum, qui tuendae reipublicae ac servando populo constitutus est, et tendere ad evertendum reipublicae statum, vel populum: quod hostium et hostile est. Fit ille ex magistratu hostis et perduellis; ex cive et civitatis capite, peregrinus. Et cum civitas seu populus in corpus coerit, status sui tuendi causa, non potest amplius videri corporis illius membrum, qui adeo ab illo se separat, ut ejus incolumitati insidiatur: quae pugnant cum affectu civis, et animi odiique hostilis sunt: ut fuere Athenis XXX tyranni, Romae decemviri, et tales Cujus (Caligula) et Nero visi, hostesque judicati sunt.*

Everti autem Reipublicae status intelligitur, etiam cum pars status praesentis, secularis vel ecclesiastici, evertitur: cum per partes totus ita perverti posset.« Cocceji Grotius illustratus, T. I. pag. 332. Grotius selbst hatte mehr den leidenden Gehorsam ausgedrückt, und zu diesem kehrte auch Heinrich von Cocceji, Sohn Samuels v. C., in der dem Commentare seines Vaters beigefügten Note zurück.

Auch in der jetzigen Zeit scheint dieser bis in das Unendliche leidende Gehorsam vielen, ja vielleicht den meisten in Wirksamkeit lebenden Staatsmännern sehr zu gefallen. Es ist nicht zu leugnen, er bietet ihnen eine große Bequemlich-

was bliebe auch den Unterthanen über, wenn sie den Gehorsam einem Monarchen nicht aufkündigen dürften, der aufhörte, ein Monarch zu seyn, der in die Kategorie der Tyrannen, und also schon in dieser Beziehung der Verbrecher, träte? — Oder ist vielleicht der Despotismus deshalb kein Verbrechen, weil er (der Unverletzlichkeit des Souverains wegen) nicht mit

keit dar. Eine Verwaltung zu führen, die keinen Vorwurf zu fürchten hat, die jede Responsabilität ausschließt: — wie behaglich! — Aber nicht zu gedenken, daß (wie wir glauben dargehan zu haben) ein solcher Zustand ganz dem Wesen des Staatsverbandes widerspricht, was kann eine Theorie der Art ihren Vertheidigern helfen? So lange die Erde steht, haben die Völker sich solche nicht gefallen lassen, und dieses wird nie der Fall seyn. Das Unnatürliche rächet sich früh oder spät. Carl X. hat in unsern Tagen erfahren, was es sagen will, die Grundgesetze eines Volkes anzugreifen; und was war das, was er that (oder vielmehr seine Minister sich zu Schulden kommen ließen), gegen dasjenige, was andere Länder Europens ertragen müssen? Möchten doch die Inhaber der obersten Staatsgewalt lernen, so lange das Lernen noch helfen kann! Leicht sind, in der Regel, die Völker zu gewinnen; es ist so natürlich, den zu lieben, von dem man überzeugt ist, daß er unser Bestes ernstlich will. »*La politesse, la circonspection, l'indulgence affermissent l'union entre les amis et dans les familles; elles feront le même effet dans un petit état, qui est une grande famille.*« (Voltaire.) Gewiß aber nicht allein in einem kleinen Staate, sondern auch in einem großen. Wie lieben und achten die Preußen ihren König, der jene Eigenschaften, die echte Humanität, in so hohem Grade besitzt! — Das Volk merkt bald, wer ihm wohl will.

Strafen belegt werden kann? ¹⁹⁾ — Sollten die Staatsbürger sich von ihrem Despoten so lange unter die Füße treten lassen, bis er sie völlig unglücklich gemacht und gänzlich zu Sklaven herabgewürdigt hätte? — Wer könnte so unvernünftig seyn, dieses zu behaupten? Auch haben von diesem Rechte zu allen Zeiten die Völker Gebrauch gemacht, und sie werden davon Gebrauch machen, so lange die Erde steht. Ein Nero, ein Calligula ist ein Feind der Menschheit. Diese kömmt gegen ihn in den Zustand der Nothwehr ²⁰⁾. Kann er nicht

19) »*Simulatque se inflexit rex in dominatum injustiorem, fit continuo tyrannus, quo neque taetrius, neque foedius, nec diis hominibusque invisius animal ullum cogitari potest: qui quamquam figura est hominis, morum tamen immanitate castissimas vincit belluas. Quis enim hunc hominem rite dixerit, qui sibi cum suis civibus, qui denique cum omni hominum genere nullam esse juris communionem, nullam humanitatis societatem velit?*« Cicero, *de republica*. Lib. II. cap. 26.

20) S. Pufendorf in dem Werke *de officio hominis et civis* (Lib. II. cap. IX.) ist einer, manchem Minister gewiß mehr zuzagenden Ansicht. »*Habet denique peculiarem Sanctimoniam summum imperium, ut non solum ejus jussis legitimis resistere nefas sit; sed et ejusdem asperitas, non secus atque liberis parentum morositas, a civibus sit patienter ferenda. Quin et ubi atrocissimas injurias intentaverit, singuli potius fuga sibi consulent, aut quantamcunque calamitatem sustinebunt, quam ferrum in durum quidem, sed tamen parentem*

unschädlich gemacht werden, so tritt das äußerste Hilfsmittel ein.

§. 3.

So einfach die Folgerungen, die ich bisher darlegte, aus allgemeinen Grundsätzen sich ergeben, so unmöglich es seyn möchte, sie zu widerlegen, so schwierig, ja so gefährlich, ist ihre Anwendung. — *Non enim ibi consistunt exempla unde caeperunt; sed, quamlibet in tenuem recepta tramitem, latissime evagandi sibi viam faciunt (Paterculus)*, lehrt uns die Geschichte.

Leicht ist es gesagt: der Fürst handelt dem Zwecke des Staats entgegen. — Wer

patriae stringent.« Gottl. Gerh. Titius, der Commentator Pufendorfs, fand dieses jedoch zu arg, und begleitete obige Stelle mit folgender Anmerkung: » *Quod si vero Imperans hostilem penitus animum, vel erga singulos, vel totam rempublicam, induat, tum ei, velut hosti, posse resisti, ex indole factae delationis facile liquet: sed in regnis absolutis miseris subditos spes et facultas exequendi destituit; at in limitatis citius improbum Imperantem amoliri illi possunt. Illud dubium non habet, quin Principi, officii metas transilienti, preces et rationes opponere liceat, et debebant saepe reipublicae proceres officii sui, isto rerum statu, esse observantiores, quam quidem fieri solet; nec dubitandum, quin his mediis, cordate et unanimiter adhibitis, ad saniora consilia Imperans revocari queat, cum crebro non propria, sed aliena libidine in reipublicae perniciem animetur.*«

ist aber der Richter, der beurtheile, ob sich dieses auch in der That so verhalte? — Hier entscheidet, man muß es offen gestehen, der Erfolg ²¹⁾. Und wer wird behaupten, daß schon die geringste Abweichung von der Staatsverfassung, also von dem Gesetze des Grundvertrages, zu einer Aufkündigung des Gehorsams führen dürfe? — Wäre dieses auch nach der strengen Theorie richtig ²²⁾, so würde doch, diesen Grundsatz in Anwendung gebracht, die völlige Unsicherheit für die Staatsbürger daraus hervorgehen. Alle Augenblicke würde man befürchten müssen, die Staatsverfassung stürze über den Haufen. Und wer stände für die Folgen ein? *Minore discrimine sumi Principem quam quaeri*, sagt der größte Römische Geschichtschreiber. — Fern sey solche gefährliche Lehre; sie würde zum Verderben der Völker führen. — Soll also mit Recht, dieß heist hier, nach dem, was in der Praxis nützlich ist, — *salus populi suprema*

21) Vergl. Bergk's Briefe über Kant's Rechtslehre, S. 207.

22) Dieses wird sich nicht leugnen lassen: denn wenn ein Contract von dem einen Theile gebrochen wird, so ist auch der andere Theil seiner Pflichten befreit, wenn nämlich kein Richter vorhanden ist, bei welchem auf Erfüllung des Contractes geklagt werden kann.

lex — von dem Volke der Gehorsam dem Fürsten aufgekündigt werden dürfen, so muß von diesem bösslich ein solcher Zustand herbeigeführt worden seyn, daß zu befürchten steht, die öffentliche Sicherheit, Recht und Gerechtigkeit gehen ganz und gar unter; wobei denn freilich nicht so lange zu warten ist, bis die Kräfte dem Volke verloren gegangen, die Widerstand möglich machen ²³⁾. Der Fluch der Völker trifft diejenigen, welche leichtsinnig zu einem Mittel greifen, welches nur das äußerste seyn muß.

23) Es wird hoffentlich erlaubt seyn, Obiges unumwunden zu sagen, da schon im Jahre 1704 eben dieses, und zwar mit sehr kräftigen Worten, ein Greifswalder Rechtsgelehrter, Palthenius, in seiner Dissertation *de dethronisatione* sagen durfte. »*Jam si ea sit principis atrocitas, ut ad totius populi aut majoris partis laesionem pertingat: et hic, quae, quanta, quam multa ei populus, et belli metu et oculi dulcedine, non indulgeat? Quamquam si extrema patiatur crudelitatis aut superbiae exempla, quis culpet eum, qui consumta omni patientia, non ea ignavia sit, ut expectandum sibi putet, donec de coelo descendat Deus in humani generis hostem sua missurus fulmina? imo quis non eum laudet, quod aliquando se circumspiciat, et a Deo reprimi putet, qui naturae lege, i. e. divina voluntate, coercetur? — Praestat tamen, aliquam esse rempublicam, quam nullam; praestat pacem esse, quam bellum? — Quasi respublica sit, in qua leges nomen non sunt, judicia jacent An ut tu me jugules et expiles, ego interim digitum non moveam?*« . . . Siehe Seite 720 der Ausgabe von Pufendorf's angeführtem Werke, Leyden, 1769.

§. 4.

Auch selbst bei dem geschilderten Zustande darf also nicht sofort Gewalt geltend gemacht werden. Ein Monarch ist ein Mensch, er kann irren; er kann aber auch von seinem Irrthume zurückkommen. Ruhe und Friede sind, außer der gesetzlichen Freiheit der Bürger, in einem Staate die schönsten Güter; nicht leichtsinnig sind sie auf das Spiel zu setzen. Also ehe zum Widerstande zu schreiten, sind die dringendsten Vorstellungen bei dem Souverain anzuwenden, und zwar in Ausdrücken der Ehrerbietung, denn die Fürstenwürde muß bis zu dem letzten Augenblicke ihres Daseyns geachtet und heilig gehalten werden.

Zu diesen Vorstellungen sind zunächst die Repräsentanten des Volkes berechtigt; und hier eben zeigt sich, wie wesentlich es selbst für die Ruhe und Sicherheit der Monarchen, daß solche vorhanden seyen: denn wäre dieß nicht der Fall, so würde dieß Recht der Vorstellung dem Volke selbst sofort zustehen, wie dieses auch der Fall seyn müßte, wenn die Repräsentanten des Volks ihre Pflicht zu erfüllen versäumten: denn unmöglich wird man annehmen können, daß das Volk jemahls, stillschweigend

oder ausdrücklich, darin gewilligt habe, die Repräsentanten zu unumschränkten Herren über sein Schicksal zu machen ²⁴⁾).

§. 5.

Haben die Vorstellungen an den, den Bund brechenden Monarchen nicht die gewünschte Wirkung, dann muß leider zur Erreichung des Zie-

24) Unendlich weicht die in diesem §. vorgetragene Theorie von derjenigen ab, welche J. J. Rousseau in dem *Contrat social* über das Verhältniß des Regenten zu den Staatsbürgern aufstellt. Die unsrige folgt aus der Natur der Sache. Nur in dem äußersten Nothstande, wenn jede andere Hülfe fehlt, wenn alle Vorstellungen vergeblich waren, räumen wir den Staatsbürgern das Recht ein, dem Souverain den Gehorsam aufzukündigen. Ein Recht, welches die Nationen zu allen Zeiten von selbst geltend gemacht haben und ewig geltend machen werden. Der Verf. des *Contrat social* geht, ein tüchtiger Revolutionair, weiter: er stellt den Regenten in die Kategorie aufkündbarer Beamten. »*Les dépositaires de la puissance exécutive ne sont point les maîtres du peuple, mais ses officiers; il peut les établir et les destituer, quand il lui plaît; il n'est point pour eux de contracter, mais d'obéir.*« — Diese verderbliche Lehre kann nur mit Abscheu betrachtet werden. Schon Voltaire (in seinen *idées republicaines*, XXXIV. — *Oeuvres compl. éd. de Gotha*, T. XXIX. p. 198.) hat das Irrige dieser Lehre gezeigt. Denn selbst ein Staatsbeamter kann nicht willkürlich gekündigt werden, wenn er nicht zu der Klasse derjenigen Staatsbedienten gehört, denen die Kündigungs-Clausel, ohne Nachtheil des Ganzen, in ihre Bestallung gesetzt werden konnte. Selbst die höchste Staatsgewalt kann einen Richter nicht ohne Urtheil und Recht seines Amtes entlassen. — Die unsterbliche Fürstinn Pauline zur Lippe erkannte dieses durch eine eigene Verordnung an.

les fortgeschritten werden. — Aber (möchte man fragen), sollte es hier nicht nothwendig, oder doch rathsam seyn, zuvörderst die Vermittelung verwandter, benachbarter oder verbundener Fürsten anzurufen, ehe die Repräsentanten des Volkes, oder dieses selbst, den so äufserst gefährlichen Schritt der Aufkündigung des Gehorsams thäten? — Eine Nothwendigkeit dieses Schrittes ist, nach der strengen Theorie, nicht zu behaupten: denn in einem unabhängigen Staate steht keine höhere Macht über Volk und Fürsten. In der Praxis kann die Anrufung einer Vermittelung aber äufserst räthlich seyn: dann nämlich, wenn wegen der Schwäche des Volks zu fürchten stände, daß eine dem Wohl des Ganzen gefährliche Einmischung Fremder Statt haben könnte. Besonders ist dann jene Vermittelungs-Erbittung räthlich, wenn das Volk gleichsam erst vorläufig den Gehorsam aufgekündigt hat, und nun aus diesem provisorischen Zustande ein definitiver hervorgehen soll. Ueberhaupt müssen das Volk und seine Repräsentanten, im Falle des in Frage stehenden großen Unglückes, den höchsten Grad der Mäßigung zeigen und auf das Aeufserste jede Uebereilung vermeiden: denn hier

stehen die edelsten Güter auf dem Spiele. Dadurch beweisen sie nicht nur, daß sie nur aus Noth handeln, sondern sie handeln auch selbst dem Rechtsprincipe gemäß. Ist von der Erbitung einer Vermittelung irgend ein Erfolg zu erwarten, so ist diese keinesweges zu versäumen.

§. 6.

Gehört das Land, dessen Fürst Veranlassung gab, ihm den Gehorsam aufkündigen zu müssen, einem Staatenbunde an, dessen Mitglieder sich wechselseitig ihre Staaten garantirt haben: so ist es im höchsten Grade räthlich, diesem Staatenbunde die Gründe zu entwickeln, weswegen zu dem äußersten Hülfsmittel hat geschritten werden müssen, um jede gewaltsame Einschreitung zu vermeiden. Es kann aber dieser Bund nicht Richter zwischen dem Volke und dem Fürsten seyn, in sofern der Staat, von welchem die Rede ist, zu den völlig unabhängigen Staaten gehören würde; es sey denn, daß Fürst und Volk die übrigen Bundesfürsten ausdrücklich als Richter in ihrer Sache anerkannten. Es würde das Gegentheil dem Begriffe der Unabhängigkeit der Staaten widersprechen. Wäre jedoch ein Bun-

desgericht vorhanden, dann verhielte sich die Sache völlig anders. Die Bundesstaaten wären dann zu dem höhern Grade der Civilisation vorgeschritten, in soweit ihre vollständige Unabhängigkeit aufgegeben zu haben, daß sie, zur Handhabung des Rechts, nicht nur unter sich selbst, sondern selbst zwischen den Fürsten und den ihnen unterworfenen Völkern, einen Obern anerkenneten. In diesem Falle müßte aber auch schnelle Gerechtigkeit zu erwarten stehn, damit das Volk nicht zu befürchten habe, vor erfolgter Entscheidung in den Zustand gesetzt zu werden, daß es ihm unmöglich werde, dem Verderben zu entgehen.

§. 7.

Möchte doch das Deutsche Vaterland des Glückes theilhaftig geworden seyn, daß ein oberstes Bundesgericht, dem Kraft und Wille wäre, die Gerechtigkeit, selbst zwischen den Fürsten und ihren Völkern, schnell zu verwalten, an seiner Spitze stände! Was könnte hindern, wollte man es ernstlich, daß noch jetzt dieser große Mangel ersetzt würde? — Selten, oder vielleicht nie, empören sich die Völker ohne Ursache. Was ist für ein Nutzen für das Ganze

zu erwarten, wenn der Aufstand eines Volkes durch die bewaffnete Macht der Benachbarten zurückgedrängt wird, gleichsam eine für kurze Zeit unterdrückte Krankheit, wenn die Ursache der Volksunzufriedenheit nicht gehoben ist? ²⁵⁾ —

25) Die Bestimmungen der Art. XXV ff. der Schlufs-Acte des Deutschen Bundes vom 15ten Mai 1820 sind bekannt. Sie enthalten die Vorkehrungen, welche der Bund eben so berechtigt als verpflichtet ist, eintreten zu lassen, wenn die öffentliche Ruhe in einem Deutschen Staatsgebiete gefährdet worden. Auch sagt der Art. XXVII. ausdrücklich: »Die Regierung, welcher eine solche Hülfe zu Theil geworden, ist gehalten, die Bundesversammlung von der Veranlassung der eingetretenen Unruhen in Kenntniß zu setzen, und von den zur Befestigung der wiederhergestellten gesetzlichen Ordnung getroffenen Maafsregeln eine beruhigende Anzeige an dieselbe gelangen zu lassen.« aber nicht deutlich ist es, ob hierin die Berechtigung der Bundesversammlung anerkannt sey, zu untersuchen: ob die Veranlassung der Unruhen auch der *Wahrheit gemäß* angegeben? Und ob den Unterthanen nachgelassen, Gründe darzulegen, die es ihnen unmöglich machen, irgend einen (doch denklichen) Druck von Seiten der Regierung ferner zu ertragen, und also die Nothwendigkeit einer Hülfe von Seiten des Bundes auszuführen? — Es scheint Beides theils in der Natur der Sache zu liegen, theils auch durch den Art. XXIX. der erwähnten Schlufs-Acte ausgesprochen zu seyn. — Es lautet dieser: »Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt, und auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hülfe nicht erlangt werden kann, so liegt der Bundesversammlung ob, erwiesene, nach der *Verfassung* und den bestehenden Gesetzen jedes Landes zu beurtheilende Beschwerden über verweigernde oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen, und darauf die gerichtliche Hülfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken.« — Verbindet man dieses

Einem tugendhaften, das Recht beschützenden und handhabenden Fürsten wird die Masse des Volkes mit Liebe anhängen: er hat nichts von Meuterern zu befürchten. Möge immer durch böse Menschen die Ruhe augenblicklich gestört werden; die Guten werden sie bald herstellen. Man führe hiergegen nicht Belgien an. Der Monarch ist gut und edel, ihn trifft kein Tadel: der Fehler liegt darin, daß zwei, in Sitten und Religion gänzlich verschiedenartige Völker gewaltsam verbunden wurden. Das Unnatürliche rächt sich früh oder spät.

mit der Bestimmung, daß eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende landschaftliche Verfassung nicht einseitig abgeändert werden darf (Art. LVI.): so sollte man allerdings glauben, auch Eingriffe in die Verfassung und ein daher rührender Druck der Unterthanen könne (wie ehemals bei den Reichsgerichten) auch jetzt bei den Landesgerichten zur Sprache gebracht werden. — Aber welche Regierung wird sich dieses gefallen lassen? — Und welche Gründe stehen auch nicht (die Sache genauer beleuchtet) einer solchen Auslegung entgegen? — Soll also der Deutsche Staatsbürger in seinen edelsten und wesentlichsten Rechten Schutz haben; soll jede Entschuldigung einer Widersetzlichkeit wegfallen: so ist durchaus ein höchstes Bundesgericht, zum Ersatz der Reichsgerichte, nöthig.

§. 8.

Obige kurz entwickelte Grundsätze scheinen mir Folgendes darzuthun:

I. Ein Volk, dessen natürliche und bürgerliche Rechte, also auch dessen Staatsverfassung, der Fürst verletzt, hat, als äußerstes Mittel, *das Recht*, ihm den Gehorsam aufzukündigen, wodurch die oberste Staatsgewalt unmittelbar auf seinen rechtmäßigen Nachfolger übergeht.

II. Das Volk handelt sicherer und der *Politik* gemäß, (im Fall es nicht zu den mächtigen, factisch völlig unabhängigen Völkern gehört), wenn es einen solchen Fürsten vorläufig nur unschädlich macht; die endlichen Verfügungen aber (ist dieses möglich), zwischen dem Nachfolger des Regenten und den verwandten, verbündeten oder dominierenden benachbarten Höfen ausmachen läßt. Gehört der Fürst zu einer mächtigen Dynastie, dann ist diese gewiß vorzüglich zu einer gerechten Einwirkung und Vermittelung aufzufordern.

Schwer wird es jedoch stets zu bewirken seyn, einen Regenten zum Aufgeben seiner An-

sprüche zu bewegen, weil (wie Tacitus, der große Menschenkenner, sagt) *regibus aequa, nedum infima, insolita sunt* ²⁶⁾.

Bei einer solchen Vermittelungs-Erbittung wird das Volk, welches dazu schreiten mußte seinen Fürsten vorläufig unschädlich zu machen, sein Glück schwerlich aufs Spiel setzen. Es ist nämlich keinesweges anzunehmen, daß die vermittelnden Fürsten sich mit dem ungeheuern Unrecht beladen werden: einen Tyrannen ²⁷⁾ (und nur einem solchen darf der Gehorsam gekündigt werden) in Schutz zu nehmen. Nicht nur ihre eigene Ehre, sondern auch ihre Sicherheit erfordert das Gegentheil. Wenn selbst der ehrliebende Bürger in seinem Kreise den Verletzer heiliger Pflichten nicht duldet: wie liefse es sich denken, daß Könige, sie, die auf den Höhen der Menschheit stehen, für Ehre weniger empfänglich seyn sollten! Es scheint an Verbrechen zu gränzen, einen solchen Gedanken auch nur in sich aufkommen zu lassen. Und nicht minder wichtig ist der zweite Grund. Es ist

26) Annal. II. 42.

27) *Hoc nomen Graeci regis injusti esse voluerunt. Cic. de rep. II. 27.*

wesentlich, daß der höchsten Würde die höchste Achtung bleibe. Mit der Achtung verlöre sie die Sicherheit. Auch verlangt ja das unglückliche, Hülfe und Rettung von den größten Leiden erflehende Volk nicht etwa, in den Urzustand der Gesellschaft zurückzutreten, um eine neue Fürstenwahl vorzunehmen — ein solches Recht zu behaupten, so lange noch ein legitimer Nachfolger vorhanden ist, wäre dem allgemeinen Staatsrechte zuwider —; nein, es verlangt nur, daß der Thron für erledigt gehalten werde, um von dem rechtmäßigen Erben bestiegen zu werden; es verlangt nur Anerkennung der gerechten Sache. — Sicherer und regelmärsiger wäre es: könnte diese bei einem obersten Gerichtshofe geltend gemacht werden.

Einige Worte
über die
Unverletzlichkeit des Staatsoberhauptes
und die
Verantwortlichkeit seiner Minister.

§. 1.

Wenn, wie in vorstehender Abhandlung dargelegt worden, der Monarch der oberste Repräsentant des National-Willens ist, wenn ihm die höchste Würde im Staate zusteht, und er, in dieser Hinsicht, als mit der Majestät bekleidet angesehen werden muß, so folgt hieraus, daß es höchst wesentlich sey, ihn persönlicher Verantwortlichkeit, so wenig als irgend möglich, blofszustellen. Eine solche schadet nicht nur seiner höchsten Würde, sondern sie führt auch, wie in die Augen leuchtend ist, gar leicht zu einem Zustande im Staate, der für den verderblichsten angesehen werden muß, nämlich zur Anarchie. Wenn jedoch der Monarch dem Zwecke des Staats entgegenhandelt, so

mufs, nach der Theorie, angenommen werden, (wie wir glauben ausgeführt zu haben) ¹⁾, dafs die Mitglieder des Staats ihm, im äufsersten Falle, den Gehorsam aufkündigen können, und in dieser Beziehung ist er in sofern responsabel, als die Folgen jener Handlung wenigstens etwas einer Strafe Analoges haben. In einem Staaten-Verbande, wie ihn das Deutsche Vaterland jetzt darstellt, würde dieser äufserste Fall (der Gehorsams-Aufkündigung) dadurch in der Theorie gänzlich beseitigt werden, dafs die Deutschen Fürsten einem obersten Bundesgerichte unterworfen würden, bei welchem die Repräsentanten des Volkes auf Erfüllung des Staatsvertrages (wie wir ausführten), wenn solcher von dem Fürsten verletzt würde, klagen könnten. Ein grofser Schritt zu der höchsten Civilisation, in Beziehung auf öffentliches Recht, würde durch die Errichtung eines solchen höchsten Gerichtes gewifs gethan ²⁾. Aber es giebt

1) Hier stehe noch nachträglich die Bemerkung, dafs, wollte man das ausgeführte Widerstandsrecht des Volks nicht anerkennen, dann eine sehr bedeutende Zahl der Europäischen Monarchen ihre Legitimität verlieren und als Usurpatoren erscheinen würden.

2) Auch im vormahligen Deutschen Reiche war es nicht ganz unmöglich, es dahin zu bringen, dafs ein Landesfürst we-

noch ein Mittel, nicht nur in einer völlig isolirt stehenden Monarchie, sondern auch in einer solchen, wie sie die Deutschen monarchischen Staaten darstellen, jeden Angriff auf die Persönlichkeit des Monarchen (wenn dieser nur nicht mit Gewalt gegen die Verfassung einschreitet) abzuwenden, die auch in den sogenannten constitutionellen Staaten Deutschlands nicht unbenutzt geblieben ist³⁾: dieses ist die Verantwortlichkeit der Minister gegen die Repräsentanten des Volks. Würde dieses Mittel zugleich mit dem in einem Bundesgerichte liegenden verbunden: so scheint es mir, daß die Fürsten Deutschlands einer Sicherheit genössen, die, so lange das Bundesgericht seine Pflicht thäte und thun könnte, eine absolute genannt werden müßte. Würde in den Verfassungen der einzelnen Deutschen

gen Mißbrauch der Regierungsgewalt für regierungsunfähig erklärt wurde. S. Leist's Lehrbuch des Deutschen Staatsrechts, 2te Aufl., S. 83, 138, 225, 524.

3) In Beziehung auf Baiern, s. Pölitz's Staatswissenschaften, Th. IV. S. 412; auf Württemberg, daselbst, S. 431, 446; auf Baden, das. S. 449; auf das Großh. Hessen, das. S. 465, 475; auf Sachsen-Weimar, S. 490. — Selbst die nicht in das Leben getretene Verfassungs-Urkunde von Kurhessen hatte in dieser Beziehung eine Bestimmung. Pölitz a. a. O. S. 460.

Länder bestimmt (wie z. B. der 12te Art. der Französischen Charte vom 7ten August 1830 vorschreibt):

*»Die Person des Fürsten ist heilig und
»unverletzlich. Seine Minister sind ver-
»antwortlich *);*

und zugleich:

*»Jede Handlung der Gewalt des Fürsten
»kann nur durch schriftliche Ausfer-
»tigungen ausgeübt werden, und diese
»Ausfertigungen haben nur dann Gültig-
»keit, wenn sie von dem Minister, in des-
»sen Departement sie einschlagen, contra-
»signirt sind;«*

so ist schon hierdurch der Monarch, sobald er nur, wie schon bemerkt worden, nicht diese constitutionelle Form mit Gewalt, ohne die Mitwirkung eines Ministers, angreift, für jede persönliche Zurechnung sicher. Schritte er gegen die Verfassung gewaltsam ein, dann wäre er den Volksrepräsentanten vor dem Bundesgerichte verantwortlich. Die in der obigen Abhandlung dargelegte rechtliche Möglichkeit ei-

4) Vergl. Art. 56. der *Charte constitutionnelle* von 1814, und Art. 47. der von 1830.

ner Aufkündigung des Gehorsams fiel also auch hier weg, und bliebe nur für den in der Theorie nicht anzunehmenden Fall noch vorhanden: daß das Bundesgericht die ihm übertragenen Functionen nicht ausüben wollte, oder nicht ausüben könnte; in welchem Fall freilich das Naturrecht seine Wirksamkeit wieder zeigen würde.

§. 2.

Bei welchem Gerichte sollten aber die Minister der Deutschen Staaten von den Volksrepräsentanten (Landständen) zur Verantwortung gezogen werden können? — Bei der Voraussetzung eines Bundesgerichtes, unstreitig am zweckmäßigsten bei diesem. Es stände dieses in einer Höhe, die den Stürmen und Nebeln der niedrigeren Regionen unzugänglich wäre. Da jedoch bis jetzt wenig Aussicht vorhanden, daß es der Deutsche bis zu einem Bundesgerichte bringe, nichts aber leichter (bei gutem Willen der Herrscher) erscheint, als daß ein einzelnes Land eine Verfassung erhalte, die das Volk zufrieden, den Fürsten aber sicher stelle: so wäre bis dahin, daß ein Bundesgericht errichtet würde, ein Staatsgerichtshof, wie im Königreich Würtem-

berg ⁵⁾ verfassungsmäßig bestimmt worden, oder das oberste Gericht des Landes die passendste Behörde, um den Proceß gegen einen Minister zu instruiren, damit das Urtheil von einer auswärtigen (nicht von den Parteien ausgenommen) Juristenfacultät gesprochen würde ⁶⁾.

§. 3.

Der außerordentliche Vorthail, der schon aus dieser letzten, wiewohl noch unvollkommenen Einrichtung hervorgehen würde, springt so sehr in die Augen, dafs, ihn weitläufig auszuführen, völlig überflüssig erscheint:

1. Der Fürst wäre, so lange er nicht, mit Umgehung der Minister, gewaltthätig handelte, völlig sicher;

5) Diese Behörde erkennt über Unternehmungen, welche auf den Umsturz der Verfassung gerichtet sind, und über Verletzung einzelner Puncte der Verfassung. Sie besteht aus einem Präsidenten und zwölf Richtern, wovon der König den Präsidenten und 6 Richter aus den Mitgliedern der höhern Gerichte, die Ständeversammlung aber die andere Hälfte, nebst 3 Stellvertretern im Zusammentritte beider Kammern außerhalb ihrer Mitte erwählt. — Anklage und Vertheidigung geschieht öffentlich. S. Pölitz a. a. O. S. 446.

6) Doch ist nicht zu leugnen, dafs diese Art der gerichtlichen Entscheidung hier nur für einen Nothbehelf zu halten ist.

2. die Minister hätten, sich auf ihre Verantwortlichkeit stützend, ein Recht, den Anordnungen des Fürsten, die sie für unconstitutionell hielten, zu widersprechen, dieß heißt hier, ihre Mitwirkung zu verweigern;
3. den Ständen wäre ein Weg gebahnt, ohne die Sicherheit des Vaterlandes in Gefahr zu setzen, dieses vor Ungesetzmäßigkeiten zu schützen;
4. die Staatsadministration hätte einen beständigen Impuls, gesetzlich zu handeln;
5. Wären die Minister bestraft, dann den Fürsten auch noch Nachtheile empfinden zu lassen, erschiene als Ungerechtigkeit, und würde von der Bundesversammlung (als die Sicherheit des Ganzen gefährdend) mit Recht geahndet werden können. Hier träte nämlich die Verpflichtung ein, die wechselseitige Garantie der obersten Staatsgewalt geltend zu machen 7).

7) Zu bestimmen, wie die Französische Charte von 1814, Art. 56. that: »Die Minister können nur wegen Verrath (*fait de trahison*) oder wegen Concussion in Anklagestand gesetzt werden,« scheint unzweckmäßig. Jede Verletzung der Verfassung muß dazu berechtigen. Vergl. *Gazette des tribunaux* vom 25. Aug. 1830, und Hitzig's Annalen der Criminal-Rechtspflege, Band III. Heft 1. S. 221.

§. 4.

Sind denn aber in Staaten, die man (im Gegensatz von den jetzt sogenannten constitutionellen) ganz uneigentlich nicht-constitutionelle nennt, dieß ist in solchen, die nur gewöhnliche Deutsche Landstände ⁸⁾ haben, die Minister diesen nicht verantwortlich? — Man muß leider antworten: Nein. — Sie erfüllten entweder den Willen des Fürsten, oder sie handelten gegen oder ohne seinen Willen. Im ersten Falle handelten sie nur als Maschinen ihres Herrn (was im äußersten Falle gegen diesen Rechtsens, haben wir ausgeführt), dieser sichert sie durch seine oberste Gewalt, so lange diese besteht ⁹⁾. Im zweiten Falle kann sie

8) Ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß ein Land, welches gewöhnliche Deutsche Landstände hat, eine geringere Garantie der öffentlichen Freiheit und Gesetzmäßigkeit habe, als ein sogenannter constitutioneller Staat: vorausgesetzt, daß den Ständen nicht die wesentlichsten Gerechtsame genommen, daß sie unabhängig und patriotisch, und daß sie sich, erforderlichen Falls, selbst zusammenberufen können. Dieses Letzte ist durchaus erforderlich, wenn das ganze ständische Institut nicht ein Spielwerk in der Hand des Fürsten seyn soll; es müßte denn seyn, daß, wie in England, die öffentlichen Abgaben nur für ein Jahr verwilligt würden. In diesem Falle ist die Verfassung hierdurch ziemlich garantirt. Uebrigens ist selbst die Englische Volksvertretung mehr ständisch, als repräsentativ.

9) Wenn es in der Constitutions-Urkunde des Königreichs .

der Fürst entlassen, und ist ihr Vergehen größerer Art, sie vor Gericht stellen; das Volk aber und dessen Stände haben dieses Recht nicht; diesen steht nur in den dargelegten Fällen das Recht der Nothwehr zu ¹⁰⁾.

Westphalen (Art. 20.) hiefs: »*Les ministres seront responsables, chacun pour sa partie, de l'exécution des loix et des ordres du Roi,*« so war es diese Verantwortlichkeit gegen den Souverain, von der die Rede war. Napoleon hatte sich wohl gehütet, die Minister einer Anklage von Seiten der Stände auszusetzen. Dann würde die Verfassungs-Urkunde nicht so häufig haben verletzt werden können, als geschah. — Der Staatsrath, welcher ganz vom Könige abhing, erkannte über die Frage: ob Verwaltungsbeamte (also auch Minister) vor Gericht gestellt werden sollten. Art. 27. der Westphäl. Constitutions-Urkunde.

10) In der erneuten Landtags-Ordnung des Herzogthums Braunschweig vom 19ten Januar (25. April) 1820 findet sich §. 32. folgende Vorschrift:

»Um den verfassungs- und ordnungsmässigen Gang der Staatsgeschäfte und die öffentlichen Beamten wegen ihrer Verantwortlichkeit zu sichern, werden die unter der höchsten Unterschrift des Landesherrn erlassenen Rescripte und Verfügungen jedesmahl auch mit der Contrasignatur eines Ministers oder Geheimen-Raths versehen, wodurch diejenigen Collegia und Staatsdiener, an welche selbige gerichtet sind, und Alle, die es angeht, sich vergewissern können, daß die betreffende Angelegenheit durch die rechte Behörde verfassungsmässig an den Landesherrn gelangt, und Höchstdesselben Entschlufs darüber, nach geschehenem Vortrage und vernommener Meinung des Geheimen-Raths-Collegii, gefaßt worden sei. Es kann daher eine, mit der erforderlichen Contrasignatur nicht bezeichnete Verfügung des Regenten in Landesangelegenheiten nur als erschlichen angesehen werden.«

Es ist einleuchtend, daß hier nicht von der Verantwortlichkeit der Minister gegen die Stände, sondern von der Verantwortlichkeit der öffentlichen Beamten, welche landesfürstliche Re-

Dieses ist ja, wird man einwenden, ein scheußlicher Zustand der Dinge; ist denn nichts, was den Minister in einer nicht-constitutionellen Monarchie bestimmen muß, sich dem ungesetzlichen Willen seines Monarchen zu widersetzen? — Ja, es ist ein solcher Grund vorhanden, und dieser heißt: *die Ehre*. Sobald ein Monarch seinem Minister etwas auszurichten befiehlt, welches ihm die im Innern nie schweigende Stimme auszurichten verbietet, dann muß er lieber in den Privatstand zurück, ja, ist es nöthig, in den Tod gehen, als den ungerechten Befehl erfüllen. »*Il n'y a rien*« (sagt der unsterbliche

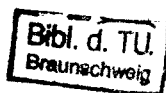
scripte und Verfügungen in Ausführung bringen, die Rede ist. Diese sollen sicher gestellt werden. — Sollte man es glauben, daß diese zwar an sich zweckmäßige, aber so wenig ausreichende Verfügung so dargestellt worden, als wenn dadurch der Fürst in der Ausübung seiner Souverainetäts-Rechte gehindert werden könnte?! — Befehl der Fürst die Contrasignatur, so blieb dem Minister (wenn Vorstellungen vergeblich waren) nichts übrig, wenn er jene gegen seine Pflichten hielt, als seinen Abschied zu fordern, oder zu erwarten, welche Wirkung seine Weigerung hatte. Setzte er sich jedoch über die Stimme im Innern hinweg, wurde er durch Umstände bewogen, diese zu unterdrücken, dann wurde er durch diese Handlung, im Sinne der constitutionellen Monarchien, nicht responsabel. — Leider hat übrigens die Erfahrung gezeigt, wie wenig Hülfe eine solche, mit keiner ausdrücklichen Responsabilität verbundene Contrasignatur helfe. — VVo ein Fürst unumschränkt gebietet, wird es selten an Personen fehlen, die Alles, was er verlangt, unterzeichnen.

Verfasser des Werks *de l'Esprit des loix*), ¹¹⁾ *dans la monarchie que les loix, la religion et l'honneur prescrivent tant que l'obéissance aux volontés du Prince: mais cet honneur nous dicte que le Prince ne doit jamais nous prescrire une action qui nous déshonore, parce qu'elle nous rendroit incapable de le servir.*« Als Carl IX. von Frankreich dem Vicomte Darté, welcher das Commando zu Bayonne führte, schrieb, auf unschuldige Bürger feuern zu lassen, so schrieb er dem Könige wieder: *»Sire, je n'ai trouvé parmi les gens-de-guerre que des braves soldats, et pas un bourreau: ainsi eux et moi supplions Vôte Majesté d'employer nos bras et nos vies à choses faisables.*« — Es hielt, sagt Montesquieu, dieser große und muthvolle Mann eine schlechte Handlung für eine Unmöglichkeit — Auch zu unserer Zeit gab es einen General, der so handelte, und auch jeder Minister, dem seine Ehre theuer ist, muß eine ihm anbefohlene Ungerechtigkeit für eine nicht ausführbare Sache halten ¹²⁾.

11) Cap. II. S. 27. der Genever Ausgabe in 4. v. 1749.

12) Auf das genaueste handeln nach den Grundsätzen der

Ehre diejenigen Minister, welche (ohne daß ihnen ungesetzliche Handlungen befohlen wären) es verschmähen, einem Fürsten zu dienen, der die Gesetze der Ehre nicht beobachtet. Mit welchen Gefühlen würde auch ein rechtlicher Mann in der Abhängigkeit von einem Fürsten stehen müssen, dessen einziger Lebenszweck eigener Vortheil und eigenes Vergnügen wäre; ja der vielleicht seinen Handlungen nach, zu der Klasse gemeiner Verbrecher gehörte? Gewiß würde Mäcenás es verschmähet haben, der Minister eines Tiberius zu seyn, für diesen schickte sich besser ein Sejanus. — Schon ein gemeiner ehrliebender Domestik wird nicht in einem verdächtigen Hause dienen wollen.



Den Gegenständen, welche in den vorstehenden beiden Abhandlungen erörtert sind, liegt die Frage sehr nahe:

Sind die Staatsbürger, nach den Grundsätzen des allgemeinen (natürlichen) Staatsrechtes berechtigt, die Verbesserung einer (der Theorie nach) fehlerhaften Staatsverfassung nöthigenfalls mit Gewalt, d. i. durch Versagung des Gehorsams, zu fordern?

Diese Frage ist unbedingt zu verneinen, wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes (Herrschaft des Rechts) nicht entgegen handelt.

Zuvörderst ist hier zu bemerken, daß es annoch sehr problematisch ist, und, der Natur der Sache nach, wohl ewig problematisch bleiben wird, wie in einem gegebenen Falle — denn nur von diesem kann hier die Rede seyn, da die Verschiedenheit der Völker und Länder verschiedene Staatsverfassungen erfordern — eine Verfassung beschaffen seyn müßte, um eine vollkommene genannt werden zu können. Wollte

man also den Bürgern das Recht einräumen, gegen angeblich unvollkommene Staatsverfassungen, aus dem Grunde ihrer Unvollkommenheit, anzukämpfen, so würde, bei der Verschiedenheit der menschlichen Meinungen, der Staat nicht ein festes, sondern ein jeden Augenblick dem Umsturz ausgesetztes Gebäude darstellen. Also schon der Zweck des Staates (dauerhaftes Glück der Bürger) schließt die Bejahung der aufgeworfenen Frage aus.

Aber auch die strengste Theorie führt zu einem gleichen Resultate. Wie oben gezeigt worden, ist anzunehmen, daß der Staatsverband und seine bestehende Verfassung das Ergebniss eines ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrages sey, welcher auf ewige Zeiten, seiner Natur nach, geschlossen worden. Räumte nun, wie z. B. in Dänemark, dieser Vertrag dem Monarchen absolute Rechte ein: so ist auch dieser Vertrag gültig, und bleibt es so lange, als die oberste Gewalt von diesem Rechte keinen Mißbrauch macht. Benutzt ein solcher absoluter Monarch sein, allerdings exorbitantes Recht lediglich dazu, seine Unterthanen glücklich und zufrieden zu machen, gewährt und schützt er ihnen jede Freiheit, welche die edele Natur des

Menschen verlangt ¹⁾, blühen unter seinem wohlthätigen Scepter Künste und Wissenschaften, ist er, mit einem Worte, ein Friedrich Wilhelm der Dritte: was für ein Recht könnte dann der Staatsbürger haben, eine Verfassung, die ihm mangelhaft erscheint, anzugreifen? — Aber, wohl verstanden, diese an sich mangelhafte, und doch so herrliche Resultate liefernde Verfassung muß in anerkannter Wirksamkeit bestehen. Nie kann es der Staatsgewalt, unter dem Vorwande, das Volk beglücken zu wollen, erlaubt seyn, den Absolutismus einzuführen. Gegen diesen Versuch tritt das Recht der Nothwehr ein. Es giebt aber Länder, deren Verfassung offenbar fehlerhaft ist — denn unmöglich kann man die Verfassung, als solche, nur der Vollkommenheit sich einigermaßen nahestehend, nennen, »cum« (um mit Cicero zu reden ²⁾) »*apud unum est omnium rerum summa*« —: und wo dennoch gröfsere bürgerliche Freiheit herrschet, als in sogenannten Freistaaten. In

1) »*Virtus eadem in homine ac in deo est, neque ullo alio ingenio praeterea. Est autem virtus nihil aliud, quam in se perfecta et ad summum perducta natura: est igitur homini cum deo similitudo.*« Cicero, *de legibus*. Lib. I. cap. 8.

2) *De republ.* Lib. I. cap. 26.

solchen glücklichen Ländern, unter dem Vorwande eine bessere Verfassung herbeistreiten zu wollen, Unruhen erregen, ist offenbar Hochverrath. Erst dann tritt auch in diesem Staatsverbande, wie in jedem andern, das Recht der Nothwehr ein, wenn der Monarch, in dessen Hände so große Rechte gelegt wurden, die damit verbundenen Verpflichtungen nicht erfüllt, wenn er aus einem Monarchen ein Despot wird.

Mag es gleich wahr seyn, was der eben angeführte große Römische Staatsmann sagt: »*in est in ea conditione similitudo quaedam servitutis*«³⁾: diese *similitudo servitutis* liegt auch darin, daß der Bürger überall den Gesetzen unterworfen ist. Ist nun der Fürst einer absoluten Monarchie gleichsam ein redendes gerechtes Gesetz: dann erfüllt er Alles, was ihm nach dem Grundvertrage zu erfüllen obliegt, und die höchste Ungerechtigkeit, ja die höchste Unpolitik, wäre es, einen solchen Zustand erschüttern zu wollen.

Aber nichts ist wandelbarer, als ein solches Glück: auf einen Augustus folgte ein Tiberius, und auf die Wonne des Menschen-

3) *De republ. Lib. I. cap. 27.*

geschlechts ein Domitian. So ist es denn gewiß die größte Wohlthat, die ein absoluter Monarch seinem Volke erzeigen kann, wenn er ihm eine solche Verfassung giebt, durch welche seinen Nachfolgern möglichst die Macht zu schaden genommen wird. Dieses ist aber, nach der Erfahrung in allen Zeiten, unstreitig durch diejenige Staatsform noch am ersten zu erreichen, von welcher Cicero sagt: »*Quantum quoddam genus reipublicae probandum esse sentio, quod est ex his quae primo dixi*⁴⁾, *moderatum et permixtum tribus*«⁵⁾.

Aber mit großer Umsicht und Weisheit hätte ein so wohlwollender Monarch eine Charte dieser Art zu geben. — Ist die Zeit dazu geeignet? — Ist das Volk dazu reif?⁶⁾ — Vorzüglich: Würde eine solche Handlung den Wünschen des Volkes gemäß seyn? — Denn ist dieses nicht der Fall, so ist es auch nicht dazu reif. — Nicht plötzlich auch darf der Uebergang seyn aus der »*Species servitutis*« zu einer vollkommenen Repräsentativ-Verfassung. Vor-

4) Vergl. Anmerk. 13. S. 16.

5) *De republ. Lib. I. cap. 28.*

6) Wir wollen erwarten, ob die neue französische Charte des französischen Volkes Glück begründet. — Noch (October 1830) bleiben gerechte Zweifel über.

bereitungen sind nöthig, um den öffentlichen Geist zu bilden. Zuerst also vollkommene Municipal-Verfassungen. Der Stadtbürger lerne sich beschäftigen mit dem, was seine Stadt angeht. Sodann Provinzial-Stände. Das Interesse des Bürgers am Ganzen bekommt schon einen weitem Wirkungskreis. Dann Repräsentanten der Nation. — Nichts aber bildet ein Volk zu dieser Vervollkommnung sicherer heran, als das Recht, frei die Gedanken; sey es durch die gesprochene, sey es durch die gedruckte Rede, mittheilen zu dürfen.

Möge man das Wohlwollende dieser Zeilen erkennen! — Möchten sie (doch ich hoffe zu kühn!) dazu beitragen, alle Fürsten zu überzeugen, ihre Sicherheit liege in einer gerechten Regierung, in einem tugendhaften, untadeligen Leben. Möge sich keiner von ihnen ferner nach den Erfahrungen, welche die Zeit darbietet, zu eigenem Nutzen dasjenige anmassen, welches, aus dem Schweisse (ja aus dem Blute) des Volkes und dem Ertrage des Staatsvermögens herrührend, zu dem allgemeinen Besten, nicht aber zur Bereicherung der herrschenden Familie angewendet

werden darf. Möge keiner von ihnen ferner Laster üben, die an dem Bürger bestraft werden würden! Mögen die Machthaber sich überzeugen, daß nicht durch Feuerschlünde, nicht durch Krieger (diese sind Söhne der Bürger und selbst Bürger) Unruhen gründlich unterdrückt werden, sondern durch Abstellung der Beschwerden und durch schnell dem unterdrückten, in seinen Rechten gekränkten Volke dargebotene Gerechtigkeit! — Dieses ist das große Geheimniß, Ruhe und Frieden herzustellen. Dieß die bewaffnete Schaar, welche nie gemeinschaftliche Sache mit der Unzufriedenheit macht. — Wie liegt doch so klar vor, was man nicht erblicken will! — Gerechtigkeit! — Mögen aber auch die Völker stets vor Augen haben, daß nichts scheußlicheres ist, als Anarchie; daß der Aufstand gegen einen gerechten Fürsten, sey er ein absoluter, sey er ein constitutioneller, ein Verbrechen ist, dem an Gräßlichkeit kein anderes nachsteht. Den Beweis dieser, vielleicht übertrieben scheinenden Behauptung liefern in diesen Tagen die rauchenden Trümmer der vor kurzem blühenden Städte Brüssel und Antwerpen.

N a c h s c h r i f t .

Der Zustand von Europa gestaltet sich in diesem Zeitpunkte (Anfangs November 1830) so gefährlich, daß der bekümmerte Patriot nur mit der äußersten Besorgniß in die Zukunft blicken kann. Nichts ist leichter möglich, als daß in Frankreich von Neuem der Pöbel die Oberherrschaft erlange; denn wer begreift nicht den ungewissen Zustand der dortigen obersten Gewalt? ⁷⁾ — In Belgien hat der Pöbel schon die Gewalt an sich gerissen. Irland gährt. Spanien und Portugal sind einem dem Ausbruche nahen Vulcane zu vergleichen. — Im Deutschen Vaterlande äußern sich Symptome von der gefährlichsten Beschaffenheit, und

7) Schon jetzt ist es ziemlich klar, wer zu Paris die oberste Gewalt ausübt. Man vergl. das Schreiben des Ministers des Innern an die Präfecten vom 22. October, die Proclamation des Präfecten der Seine und die des Präfecten der Polizei (Journal de Francfort, No. 301.) Selbst ein verantwortlicher strafbarer Minister hat das Recht, einen unbefangenen, gänzlich freien Richter zu fordern. Sind die Richter der gefangenen angeschuldigten Minister frei? — Gott behüte Deutschland vor einem ähnlichen Zustande!

nicht in Einem Lande. — Wer schaut so nicht die Möglichkeit, daß ein allgemeiner Brand Europa ergreifen könne! — Daß die Völker nicht allenthalben Unrecht haben, zeigen schon die Concessionen, die man ihnen hin und wieder macht, und die, wiewohl erzwungen, ganz den Stempel an sich tragen, daß sie mit Recht Gefordertes gewähren. — Sind diese einzelnen Concessionen genügend? — 8) Sollte es nicht für den öffentlichen Frieden durchaus erforderlich seyn, statt mit Gewalt die laut werdenden Beschwerden zurückzudrängen, (wie unsicher ist zur Zeit das Resultat!) jede gerechte Beschwerde zeitig, von selbst, unaufgefordert, zu beseitigen? Sich des Wohlwollens der Mehr-

8) Dürfen die Ueberschüsse der Kassen, selbst diejenigen, welche aus dem Domanial-Vermögen (dem doch die Natur des Staatsguts beiwohnt) herrühren, lediglich zur Bereicherung der regierenden Familie dienen: müssen sie nicht vielmehr zur Abtragung der Staatsschulden, zur Verbesserung des Landes, zur Verminderung der Abgaben angewendet werden? — Wie unzählige Male wandten sich Deutsche Fürsten an ihre Stände, um Uebernahme der Privat- und Cammer-Schulden auf die Staats-Kassen zu erlangen? — Also die Schulden gehören dem Lande; die Ueberschüsse dem Fürsten!! — Welche Gerechtigkeit! Dieß fühlt der Unterthan: er wird unzufrieden, die Unzufriedenheit äußert sich laut. Ist es ein Wunder? Sind hier zusammengezogene Regimenter die angezeigte Arznei? — Ist es nicht vielmehr Gerechtigkeit!

heit der rechtlichen Staatsbürger zu versichern, damit sie geneigt seyen, wenn es nöthig, gegen Anarchie und gegen möglichen äußern Angriff zu den Waffen zu greifen? — Sollte es nicht an der Zeit seyn, den Deutschen Völkern schnelle Gerechtigkeit gegen Bedrückung von Oben durch ein Bundesgericht, durch Verantwortlichkeit der Minister und durch geordnete Stände zu verschaffen? — Ein bekanntes Deutsches Land hatte diese durch die Weisheit eines väterlich gesinnten Königs und seines weisen und wohlwollenden Ministers. Dieses Recht wurde diesem Lande von einem unerfahrenen, übelberathenen jungen Fürsten angefochten; es klagte: aber der aus der Natur der richtenden Behörde erwachsende langsame Proceßgang, die lange Verschiebung der Entscheidung, beraubte das Land jeder Fürsprache; denn der Fürst wies diese zurück. Die Beschwerden stiegen ins Unerträgliche: eine furchtbare Explosion erfolgte. Sie war gleichsam ein Naturereigniß. Sie hätte sehr gefährlich werden können, wären die beiden Nachbarstaaten nicht so trefflich regiert, daß in diesen kein Entzündungsstoff vorhanden war, und wären ihre Folgen nicht schnell durch einen herbeieilenden

Engel des Friedens beseitiget. — Woher das schreckliche Ereigniß? — Weil dem Volke ein gesetzlicher Fürsprecher fehlte; weil man zögerte, ihm denselben zu gewähren; weil es also keine Gerechtigkeit suchen konnte. — Und wo hätte es sie schnell finden können? — Ein Bundesgericht, verantwortliche Minister und Landstände! — Krönt dann das Ganze ein einziges Zollsystem für ganz Deutschland, so steht das herrliche Land fest, ein Felsen in den Stürmen der Zeit, trotzend den Wogen, die von Westen seine Dämme zu durchbrechen drohen.

Verbesserung.

S. 16 in der Anmerk. Zeile 10 von unten, fehlen nach ist für die Worte das Ganze.

Von demselben Herrn Verfasser sind im Verlage von
Friedrich Vieweg in Braunschweig erschienen:

- Breislack, Scipio, Lehrbuch der Geologie. Nach der 2ten französischen Ausgabe, mit beständiger Zuziehung der ersten italienischen, übersetzt, und mit Anmerkungen begleitet von F. K. v. Strombeck. 3 Bände, mit den Kupfern des Originals. gr. 8. 9 Rthlr.
- Cicero, des M. T., Abhandl. von der Freundschaft und vom Alter, Paradoxien der Stoiker und Traum des Scipio, übers. von F. K. v. Strombeck. gr. 8. 1 Rthlr.
- Entwurf eines Strafgesetzbuchs für ein norddeutsches Staatsgebiet, namentlich für das Herzogthum Braunschweig und die Fürstenthümer Waldeck, Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe. Von F. K. von Strombeck. gr. 8. geh. 1 Rthlr. 12 Ggr.
- Formulare und Anmerkungen zu der Proceß-Ordnung des Königreichs Westphalen. 2r Theil. Mit einem vollständigen Register über beide Theile, von F. K. v. Strombeck. gr. 8. 2 Thlr.
- Fürstenspiegel, deutscher, a. d. 16ten Jahrh., oder Regeln der Fürstenweisheit von dem Herz. Julius und der Herzogin Regentin Elisabeth zu Braunsch. u. Lüneb. Aus ungedruckten archivalischen Urkunden herausgeg. von F. K. v. Strombeck. Zweite Ausgabe. 4. 1 Thlr.
- Geschichte eines allein durch die Natur hervorgebrachten animal. Magnetismus, und der durch denselben bewirkten Genesung. Mit einer Vorrede des Hrn. Geheimenraths Dr. Markard. Von F. K. v. Strombeck. gr. 8. 18 Ggr.
- Nachtrag zu diesem Werke. Nebst beiläufigen Bemerkungen u. s. w. gr. 8. 2 Ggr.
- Ovid's Heilmittel der Liebe, übers. von F. K. v. Strombeck. Zweite, sehr veränderte Ausgabe. gr. 8. 16 Ggr.
- Propert Elegieen, übers. u. erklärt von F. K. v. Strombeck. Zweite sehr verm. u. verb. Ausg. gr. 8. 1 Thlr. 12 Ggr.
- Rechtswissenschaft des Gesetzbuchs Napoleons und der übrigen bürgerl. Gesetze des Königr. Westphalen, oder Sammlung von Entscheidungen des Königl. Appellationshofes zu Celle, und Abhandlungen über die entschiedenen und anderen Rechtsfragen. Von F. K. v. Strombeck. gr. 8. 3 Hefte. (à 1 Thlr.) 3 Thlr.
- Sammlung von Entscheidungen des ehemaligen Appellationshofes zu Celle und Abhandlungen über die entschiedenen und andere Rechtsfragen. Von F. K. v. Strombeck. gr. 8. 18 Ggr.
- Tacitus, des Caj. Corn., sämmtl. übriggebliebene Werke, übers. von F. K. v. Strombeck. 3 Bde. gr. 8. 5 Thlr.
- Dasselbe Werk auf geglättetem Velinp. 7 Rthlr. 12 Ggr.
- Vellejus Paternulus, des Cajus, zwei Bücher Römischer Geschichten, so viel davon übrig geblieben, übersetzt durch F. K. v. Strombeck. gr. 8. 1 Thlr. 4 Ggr.

Noch sind folgende Werke des Herrn Verfassers erschienen:

Ovid's Kunst zu lieben, in der Versart des Originals übersetzt von F. K. v. Strombeck. Göttingen 1795, bei Dietrich.

Diese ovidische Dichtung hat der Herr Verfasser in einer gänzlich neuen Arbeit dargestellt, an welchem Werke jetzt gedruckt wird. Es erscheint bei Friedrich Bieweg, und zugleich mit der metrischen Uebersetzung von Ovid's Büchern der Liebe.

Des Albius Tibullus Elegieen, übersetzt und erklärt von F. K. von Strombeck. Zweite verbesserte Aufl. Göttingen bei Dietrich. 1825. 8.

Formulare und Anmerkungen zur Proceß-Ordnung des Königreichs Westphalen. Erster Theil. Zweite, gänzlich umgearbeitete Auflage. Göttingen bei Dietrich. 1809. 8.

(Der zweite Band erschien bei Friedrich Bieweg.)

Dieses Werkes dritter Theil. Göttingen bei Dietrich. 1813. 8.

Auch unter dem Titel:

Rechtsfragen zur Erläuterung der Westphälischen und Französischen Proceßordnungen, beantwortet von F. K. von Strombeck.

Feier des Gedächtnisses der vormaligen Hochschule Julia Carolina zu Helmstedt, veranstaltet im Monat Mai des Jahres 1822. Mit einem Kupfer, einem Bildnisse und einer Tafel in Steindruck. Helmstedt, bei Fleckeisen 1822. 4.

Hieraus ist besonders abgedruckt:

Leben des Herzogs Julius zu Braunschweig und Lüneburg, von Franz Altermann, Landfiscäl dieses Fürsten, herausgegeben von F. K. v. Strombeck. (Mit dem Bildnisse des Herzogs Julius und dem Fac-Simile seiner Handschrift). Helmstedt, bei Fleckeisen, 1823. 4.

Henning Brabant, Bürgerhauptmann der Stadt Braunschweig, und seine Zeitgenossen. Ein Beitrag zu der Geschichte des deutschen Stadt- und Justizwesens im Anfange des 17ten Jahrhunderts, von F. K. v. Strombeck. Halberstadt, bei Helm, 1829. 8.

Durch obige beiden Verzeichnisse werden mehrere Gattungen, namentlich das Heinsius'sche Bücherlexicon berichtigt, in welchem die juristischen Werke des Königl. Preussischen Geheimen-Justizraths Friedrich Heinrich von Strombeck zum Theil unter dem Namen des Verfassers aufgeführt sind.

Im Verlage von Friedrich Bieweg erschienen ferner:

Venturini, Dr. C., Handbuch der Vaterländischen Geschichte für alle Stände der Braunschweig-Lüneburgischen Landesbewohner. 4 starke Bände, die Braunschweigische Geschichte bis zum Jahre 1809 enthaltend. gr. 8. Ladenpreis 7 Thlr. 12 Sgr.

herabgesezt auf 4 Thlr.

Um dieses werthvolle Werk allgemeiner zu verbreiten und es auch weniger bemittelten Käufern zugänglich zu machen, hat die Verlags-Handlung den frühern Preis von 7 Thlr. 12 Sgr. auf 4 Thlr. herabgesezt, und glaubt dadurch den Gebildeten aller Stände, denen Kenntniß der vaterländischen Geschichte Bedürfniß sein muß, einen nützlichen Dienst zu erweisen.

- Vode, W. J. L., Magistrate-Director zu Braunschweig, Beiträge zur Geschichte des Herzogthums Braunschweig. Erster Beitrag. Das Grundsteuer-System des Herzogthums Braunschweig, geschichtlich verfolgt und erläutert. gr. 8. 16 Sgr.
- Bülow, G. P. von, Abhandlungen über einzelne Materien des römischen bürgerlichen Rechts. 2 Theile. gr. 8. 2 Thlr. 18 Sgr.
- — Beiträge zur Geschichte der Braunschweig-Lüneburgischen Lande, und zur Kenntniß ihrer Verfassung und Verwaltung. 8. geh. 20 Sgr.
- — Erläuternde Bemerkungen über das Verfahren in Strafsachen, nach westphälischen Gesetzen. Ein Commentar über die drei Strafprozeßordnungen des Königr. Westphalen. 3 Theile. gr. 8. 4 Thlr. 16 Sgr.
- — Französisches Eivilrecht in Rechtsprüchen, zur Erläuterung des Gesetzbuchs Napoleons, nach der Reihenfolge der Artikel. gr. 8. 2 Thlr.
- Fredersdorf, L. F., Promtuarium der Braunschweig-Wolfenbüttelschen Landes-Verordnungen. 4.
- Von diesem Werke sind nur noch die nachstehenden Theile vorrätzig und kosten:
- 1r Thl. 1 Thlr. 12 Sgr. 4r Thl. 1 Thlr. 8 Sgr. 6r Thl. 1 Thlr. 16 Sgr.
- Geschichte des Herzogl. Braunschweigischen Armee-Corps in dem Feldzuge der allirten Mächte gegen Napoleon Buonaparte im Jahre 1815, von einem Officier des Generalliaabs. gr. 8. Mit 2 Plänen. geh. 16 Sgr.
- Hassel und Wege, geographisch-statistische Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blankenburg. 2 Bde. 8. 2 Thlr. 12 Sgr.
- Hurtelbusch, A. F. Dr., Erörterungen aus dem Eivil- und Kriminalrechte 2 Hefte. gr. 8. 1 Thlr.
- Krüger, E. H. P., Systematische Darstellung des bürgerlichen Prozeßes im Herzogthum Braunschweig. gr. 8. geh. 20 Sgr.
- Landtagsabschied, errichtet zu Braunschweig den 9ten Apr. 1770. 12 Sgr.
- Leiste, H. F., Repertorium der Verordnungen und Rescripte, welche in dem Herzogthum Braunschweig in den Jahren 1750 — 1804 erlassen sind. 4. 2 Thlr. 8 Sgr.
- Liebhaf, E. D. v., Einleitung in das Braunschweig-Lüneburgische Landrecht. 2 Bde. 8. 1 Thlr. 20 Sgr.
- Praun, v., vollständiges Braunschweig-Lüneburgisches Siegelkabinet, herausg. mit Anmerk. u. d. Verf. Lebenslauf begleitet von J. A. Kemmer. gr. 8. 12 Sgr.
- Ribbentrop, W. L., Beiträge zur Kenntniß der Verfassung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg, Wolfenbüttelschen Theils. 1r Beitrag. 8. 10 Sgr.
- du Roi, D. J., Literatur des Braunschweig-Wolfenbüttelschen Staats- und Privatrechts. 8. 20 Sgr.
- Römer, Dr. J. L., Friedrich Wilhelm, Herzog von Braunschweig, als Mensch, in treuen Zügen aus seinem Gemälde. gr. 8. 18 Sgr.
- Versuch einer pragmatischen Geschichte des Hauses Braunschweig und Lüneburg (von Koch). gr. 8. 1 Thlr.
- Waldack, P. G. L. W., Controversen; Entscheidungen des gemeinschaftlichen Ober-Appellationsgerichts des Herzogthums Braunschweig und der Fürstenthümer Waldeck, Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe, zu Wolfenbüttel. gr. 8. 1 Thlr. 12 Sgr.
- Wolffram, K. J. G., vollständ. Sammlung der Braunschweig-Lüneb. Wechsel-Verordnungen, mit erläut. Anmerk. gr. 8. 16 Sgr.

